

1 **Kommunalwahl 2013:**

2 **Leitlinien der KPV Schleswig-Holstein**

3
4 Die CDU ist mit ihren rund 5.000 ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in den Kreisen, Städten und Gemeinden die mit Abstand stärkste kommunale Kraft in Schleswig-Holstein. Mit den Leitlinien zur Kommunalwahl 2013 stellen die CDU und ihre Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) den Orts- und Kreisverbänden einen inhaltlichen Rahmen für die kommunale Arbeit vor Ort zur Verfügung.

9
10 Gemeinschaft und gesellschaftliches Leben finden in den Städten und Gemeinden statt. Es ist das erklärte Ziel christdemokratischer Politik, sicherzustellen, dass die Kommunen finanziell und organisatorisch handlungsfähig bleiben und weiterhin selbstbestimmt agieren können. Hierzu gehört ein Erhalt der bewährten und wertvollen ehrenamtlichen Strukturen vor Ort. Die Grundlage erfolgreicher kommunaler Selbstverwaltung mit dem ehrenamtlichen Engagement tausender Frauen und Männer, die ihr Wissen, ihre Kraft und ihre Freizeit in Parteien und Wählergemeinschaften einbringen, sind ein hohes Gut, das nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Die CDU ist für eine Vereinfachung von Verwaltungsabläufen sowie für Kooperationen und freiwillige Zusammenschlüsse. Zwangsweise Gebietsreformen durch den Landesgesetzgeber lehnen wir jedoch strikt ab.

20
21 Die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung wirkt sich negativ auf die Strukturen, die Arbeit und die Finanzen der Kreise, der kreisfreien Städte und des kreisangehörigen Bereiches aus. Die Rücknahme und die Verzögerung von Verkehrsprojekten schwächen den ländlichen Raum und verstärken die Verkehrsprobleme in den Ballungsgebieten. Angekündigte Veränderungen im Schulwesen schaffen keinen Schulfrieden, sondern setzen Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger erneut einer starken Unruhe aus. Die Abschaffung verbindlicher Sparvereinbarungen beim kommunalen Schuldenfonds verringert dessen Wirkung und schwächt die Solidarität zwischen den zahlenden und den empfangenden Kommunen. Die Nennung von Mindestgrößen für Gemeinden und die angekündigte Umschichtung der kommunalen Finanzbeziehungen lassen befürchten, dass die Landesregierung Eigenständigkeit und Selbstbestimmtheit im kommunalen Bereich einschränken will.

33 **MIT DER CDU DEN DEMOGRAFISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN**

34 **WANDEL IN DEN STÄDTEN UND AUF DEM LAND GESTALTEN.**

35
36 Die CDU steht für handlungsfähige Kommunen und eine Partnerschaft zwischen Land und Kommunen auf Augenhöhe. Es ist unser Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern in den Kreisen, Städten und Gemeinden die bestmögliche Lebensqualität zu bieten. Dabei haben wir stets im Blick, dass sich demografische Strukturen sowohl in den ländlichen als auch in den städtischen Bereichen verändern und sich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger – zum Teil unterschiedlich – weiterentwickeln.

42
43 Darum werden wir weiterhin für die Menschen in unserem Land arbeiten: An guten, ausreichenden und bedarfsgerechten Angeboten in den Bereichen Bildung und Betreuung von Kindern, von der Betreuung der Unterdreijährigen bis zur Ganztagschule, von der frühkindlichen Bildung bis zur Berufsschule. An einer Politik, die auch den Bedürfnissen der älteren Generation Rechnung trägt. An der Ausgestaltung der Energiewende vor Ort, vom Netzausbau über die dezentrale Energieerzeugung bis zur Erarbeitung kommunaler Konzepte zur Verminderung des Energieverbrauchs. An der Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge als Kern der kommunalen Selbstverwaltung, um auch in Zukunft die hohe Lebensqualität in unseren Kommunen sicherzustellen. An einer Politik vor Ort, die die Wirtschaft unterstützt, Arbeitsplätze schafft, die Umwelt schützt und dazu beiträgt, benachteiligte Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Gesellschaft zu integrieren. An einer Stärkung und Unterstützung unserer ehrenamtlichen Strukturen in Kommunalpolitik, Kultur, Sozialverbänden, Sport oder Rettungswesen. Und an einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung ihres kommunalen Lebensumfeldes. Bürgerbeteiligung schafft Transparenz, Akzeptanz und Mitverantwortung.

1. HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN – MODERNE VERWALTUNGEN.

- Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Gemeinden, Städten und Kreisen im Land durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter und dem Bildungs- und Teilhabege-
setz neue finanzielle Freiräume geschaffen. Die Entlastungen durch die Grundsicherung
müssen aber vom Land 1:1 an die Kreise weitergegeben werden. Freiwerdende Mittel
bei den Kreisen sollten dazu genutzt werden, den kreisangehörigen Bereich zu entlas-
ten.
- Die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen müssen grundlegend
überprüft werden. Eine Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) darf
nur unter starker Einbindung der kommunalen Ebene erfolgen. Parallel dazu müssen al-
le Aufgaben überprüft werden. Es ist festzustellen, welche Aufgaben im Interesse der
kommunalen Gemeinschaft weiterhin wahrgenommen werden müssen. Die hohen Sozi-
alausgaben müssen zukünftig gerecht verteilt werden. Ziel einer Neugestaltung des KFA
muss die Verstetigung der Einnahmen der Kommunen sein.
- Der Eingriff in das FAG kann stufenweise zurückgeführt werden, wenn sich die Haus-
haltssituation des Landes verbessert hat. Dabei darf die Schuldenbremse auf Landes-
ebene nicht zu einer Lastenverschiebung auf die Kommunen führen. Es ist richtig, dass
der Schuldenfonds (Kommunales Haushaltskonsolidierungsgesetz) erhalten bleiben soll.
Die von ihm profitierenden Gebietskörperschaften müssen sich jedoch im Sinne des So-
lidaritätsprinzips verbindlich zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung verpflichten.
- Neue Aufgaben (Ausbau der Kinderbetreuung, schnellere Datenleitungen, Ärzteversor-
gung, Beschleunigung der Energiewende, etc.) unterliegen der Konnexität und erfordern
die Bereitstellung der entsprechenden Finanzmittel.
- Die CDU lehnt gesetzlich erzwungene Fusionen jeder Art sowohl auf Kreis- als auch auf
Gemeindeebene ab! Wenn freiwillige Zusammenschlüsse vor Ort von einer breiten Ba-
sis getragen werden, unterstützt die CDU diese. Zur Unterstützung sollen Anreizsysteme
geschaffen werden.
- Interkommunale Zusammenarbeit und freiwillige Gebietsreformen dürfen nicht durch
vergabe- oder steuerrechtliche Vorschriften (z.B. Umsatzsteuerpflicht für erbrachte Lei-
stungen) behindert werden. Effizienzgewinne aus Kooperationen, interkommunaler Zu-
sammenarbeit und freiwilligen Zusammenschlüssen verbleiben in den Kommunen.
- Kommunale Verwaltungskooperationen müssen gefördert werden, z.B. durch den Auf-
bau von regionalen oder zentralen Verwaltungsdienstleistungszentren zur Übernahme
von Back-Office-Aufgaben, z.B. für Personalangelegenheiten, IT, Rechnungsprüfung,
KFZ-Zulassung, etc.. Doppelstrukturen im Bereich der Verwaltungen müssen abgebaut
werden.
- Die Ämter als gemeinsame Verwaltungsebene kleinerer Gemeinden haben sich be-
währt. Die Strukturreform im Rahmen der erfolgten Änderung der Gemeindeordnung
zeigt bereits erste positive Auswirkungen.
- IT-Prozesse müssen zwischen den Kommunen besser harmonisiert und organisiert wer-
den. So werden Synergieeffekte nutzbar, ohne die kommunale Selbstverwaltung einzu-
schränken. Das Land sollte der wachsenden Bedeutung dieser Frage dadurch Rech-
nung tragen, dass es bereit ist, eine koordinierende Stelle für dieses Aufgabenfeld an-
zubieten, die die Schaffung einer landesweit möglichst einheitlichen IT- und E-
Government-Infrastruktur unterstützt.
- Die Bürgermeister-Direktwahl in hauptamtlich geführten Städten und Gemeinden mit ei-
gener Verwaltung muss erhalten bleiben.

- 116 - In all ihren Tätigkeitsfeldern müssen die in unseren Kommunen ehrenamtlich arbeiten-
117 den Frauen und Männer auch in Zukunft in der Lage sein, die Angelegenheiten der örtli-
118 chen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln.
119
- 120 - Die gesetzliche Verpflichtung der Kommunen zur Bestellung von hauptamtlichen Gleich-
121 stellungsbeauftragten lehnen wir weiterhin ab. Die von der Landesregierung geplante
122 Absenkung der Einwohnergrenze, ab der diese Verpflichtung besteht, unterliegt dem
123 Konnexitätsprinzip und muss daher vom Land getragen werden.
124
- 125 - Wir wollen eine Förderung des Ehrenamtes, z.B. durch Abbau von steuerlichen und
126 rechtlichen Hindernissen bzw. durch steuerliche Förderung des bürgerschaftlichen En-
127 gagements. Vergünstigungen in kommunalen Einrichtungen für Ehrenamtler sind eine
128 kleine Anerkennung ihrer Leistungen. Hemmnisse wie eine Anwendung des Arbeitszeit-
129 gesetzes auf das Ehrenamt oder eine Ausweitung der Sozialversicherungspflicht im Eh-
130 renamt lehnen wir ab.
131

132 **2. BILDUNG/KINDERBETREUUNG/INTEGRATION/SENIOREN/SOZIALES**

- 133 - Die Struktur unserer Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein, insbesondere die Schul-
134 formen und -angebote, darf nicht länger zur Diskussion stehen. Verlässlichkeit ist für
135 Schüler, Lehrer und Eltern das oberste Gebot, damit endlich wieder in Ruhe gearbeitet
136 werden kann.
137
- 138 - Die passenden Studienangebote zu den vorhandenen Schulformen müssen erhalten
139 bleiben. Das betrifft vor allem die Gymnasien, für die es auch weiterhin einen eigenen
140 Studiengang in der Lehrerausbildung geben muss.
141
- 142 - Die Schulträger müssen in Absprache mit den Schulen mehr Einfluss auf die Lehrerzu-
143 weisung erhalten, damit eine Schwerpunktbildung möglich wird und mehr Einfluss auf
144 den Wettbewerb um Schüler genommen werden kann.
145
- 146 - Die Rahmenbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler müssen so gestaltet
147 werden, dass eine optimale Förderung der jungen Menschen für ihr Berufsleben und die
148 Gesellschaft erfolgen kann.
149
- 150 - Für die Schülerbeförderung sollte eine einheitliche Regelung in allen Kreisen gefunden
151 werden. Sollte es zur grundsätzlichen Abschaffung der Elternbeteiligung an der Schü-
152 lerbeförderung kommen, muss dieses auch für die Städte gelten. Zusätzlich entstehende
153 Kosten hat das Land zu tragen, denn es gilt das Konnexitätsprinzip.
154
- 155 - Ein weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit ist unerlässlich – hierfür sollten auch die Päd-
156 agogen entsprechend geschult werden, damit eine fruchtbare Zusammenarbeit flä-
157 chendeckend ermöglicht wird.
158
- 159 - Außerhalb von Schule und Vereinsleben sollte den Jugendlichen in Jugendtreffs die Ge-
160 legenheit zum Austausch und sozialem Lernen gegeben werden.
161
- 162 - Der Ausbau der U3-Betreuung durch Krippen und durch qualifizierte Tagesbetreuung
163 muss weiter vorangetrieben werden. Es zeigt sich schon heute, dass die Nachfrage
164 nach Betreuungsplätzen regional unterschiedlich teilweise weit höher als bei 35 Prozent
165 liegt. Die Kommunen brauchen aufgrund der entstehenden Folgekosten nicht nur eine
166 Investitions- sondern auch eine verlässliche Betriebskostenförderung, anders ist der weit
167 höhere Personalkostenschlüssel für die Krippen nicht zu finanzieren. Dazu leistet auch
168 der Bund einen wesentlichen Beitrag. Es ist sicherzustellen, dass diese Mittel unge-
169 schmälert und Landesmittel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Notwendig ist eine
170 grundsätzliche Klärung zwischen Land und Kommunen hinsichtlich der Konnexität und
171 damit verbunden der Leistungsverpflichtungen des Landes gegenüber den Kommunen.
172
- 173 - Das sogenannte „Platzsharing“ im U3-Bereich sollte ermöglicht werden.
174
175

- 176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
- Integration für Kinder mit Beeinträchtigungen darf nicht erst im Kindergarten beginnen sondern ist schon in der U3-Betreuung erforderlich – hier besteht dringender Nachholbedarf.
 - Die CDU engagiert sich für eine menschliche Gesellschaft. Wir stehen mit unserer Politik vor Ort für ein Handeln, das den Einzelnen motiviert und befähigt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen. Dies beinhaltet jedoch auch, dass wir Menschen unterstützend zur Seite stehen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen.
 - Besonders die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und für alle staatlichen Ebenen – und damit auch für die Kommunen. So wirkt das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung als positiver Ansatz, denn es ermöglicht mehr Kindern die Teilhabe am Lebensalltag junger Menschen, sei es im Sportverein, auf Klassenfahrt oder beim Mittagessen in den Schulen.
 - Wir werden durch unsere Politik weiter daran arbeiten, Armut zu bekämpfen und die Betroffenen auch dadurch zu unterstützen, dass durch kommunale Aktivitäten die Solidarität innerhalb der Gesellschaft gestärkt wird. Dabei sind die Bedürfnisse im ländlichen Raum völlig anders als in den Städten, wo es eine große zusätzliche Aufgabe ist, wieder mehr Nähe und Gemeinschaftssinn zu entwickeln.
 - Das Gemeinwesen vor Ort ist auf die ältere Generation angewiesen. Dazu gehören die zahlreichen Senioren, die sich ehrenamtlich engagieren, dazu gehört die zunehmend bedeutsame Rolle von Großeltern in den Familien und dazu gehört auch der Wunsch nach generationsübergreifenden Wohnformen, die besonders in den Städten zu einem immer attraktiveren Wohn- und Lebensmodell werden.
 - Der demografische Wandel und die wachsende Mobilität im Alter führen dazu, dass sich die Ansprüche an alters- und behindertengerechte Wohnformen verändern. Die Kommunen haben einen Beitrag dazu zu leisten, dass selbstbestimmtes Leben möglich ist, indem bezahlbare, barrierefreie und altersgerechte Wohnungen angeboten werden.
 - Die aktuellen Probleme des Arbeitsmarktes sind vielerorts der Fachkräftemangel sowie zu niedrige Löhne, durch die viele Menschen nicht mehr in der Lage sind, mit dem eigenen Arbeitseinkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Durch die Ansiedlung innovativer Betriebe, durch die Ausbildung junger Menschen zu gut qualifizierten Arbeitskräften und durch intelligente Kinderbetreuungsangebote für Arbeitnehmerfamilien können auch die Kommunen dieser Entwicklung entgegenwirken.

3. HERAUSFORDERUNG DER POLITIK VOR ORT: WIRTSCHAFT, VERKEHR, ARBEITSPLÄTZE!

- 218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
- Die CDU unterstützt Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen zur Entwicklung der strukturschwachen Regionen und zur Entlastung der Ballungsräume. Dies gilt sowohl für den Straßenbau als auch für die Verbesserung des Schienennetzes. Die halbherzige und rückwärtsgewandte Verkehrsinfrastrukturpolitik, die die „Dänenampel“ – u.a. durch die geplante Kürzung der Fördermittel für den Straßenbau – in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt hat, ist wachstumsschädlich, kommunalfeindlich und falsch.
 - Wir fördern den Mittelstand durch Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten. Die CDU ist „Ermöglicher“ und nicht „Verhinderer“ bei der Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort.
 - Die im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm II befristet angehobenen Vergabegrenzen sollen dauerhaft verankert werden, da diese die Vergabeverfahren für Kommunen vereinfachen und beschleunigen.

- 235 - Die CDU sieht die Förderung des Tourismus, hierbei insbesondere den Städte- und
236 Kongresstourismus und die Gesundheitswirtschaft, als wichtige Zukunftsfelder für die
237 wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Die Einführung einer kommunalen „Bet-
238 tensteuer“ ist kontraproduktiv und wird deshalb entschieden abgelehnt.
239
- 240 - Die „Bäderregelung“ für verkaufsoffene Sonn- und Feiertage muss in der jetzigen Form
241 erhalten bleiben.
242
- 243 - Wir befürworten eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bei der Ausweisung
244 von Gewerbeflächen. Zu einer flächenschonenden und zukunftsorientierten Gewerbeflä-
245 chenpolitik gehört für uns die Konversion freiwerdender Bundeswehrliegenschaften und
246 Industrie-/Gewerbebranchen mit Erstzugriffsrecht für die Kommunen.
247
- 248 - Wir wollen den Ausbau der Häfen in Schleswig-Holstein fördern. Hier müssen Land und
249 Kommunen zusammenarbeiten. Durch die Energiewende ergeben sich zudem erhebliche
250 Potentiale bei der Produktion von Windkraftanlagen und im Offshore-Bereich. Auch
251 im Zulieferbereich werden neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Chancen müssen die
252 Kommunen nutzen.
253
- 254 - Das duale Ausbildungssystem und die überbetriebliche Ausbildung sind wichtige Bau-
255 steine für die Zukunftsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Gute, bedarfs-
256 gerechte Ausbildung wirkt dem Fachkräftemangel entgegen und bietet unserer Jugend
257 Perspektiven. Dies wird die CDU nach Kräften unterstützen.
258
- 259 - Arbeit muss sich lohnen. Von ihrem Lohn müssen die Menschen leben können, die
260 „Aufstockung“ mit staatlichen Leistungen muss die Ausnahme bleiben, nicht die Regel.
261 Die CDU wird sich deshalb weiterhin für ein Lohnabstandsgebot und eine allgemeine
262 Lohnuntergrenze einsetzen.
263
264

4. ENERGIEWENDE, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ:

DER ERHALT UNSERER NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN IST AUCH EINE KOMMUNALE AUFGABE!

- 266
- 267 - Wir stehen zu den Zielen der Energiewende. Der beschlossene Ausstieg aus der Kern-
268 energie ist unumkehrbar. Für die Kommunen bedeutet dies unter anderem, in den eigen-
269 en Liegenschaften die Nutzung und die Erzeugung regenerativer Energien konsequent
270 umzusetzen.
271
272
- 273 - Es ist Aufgabe der Kommunen, die Realisierung privater regenerativer Energieprojekte
274 bau- und planungsrechtlich zu prüfen und ggf. zu unterstützen. Eine gemeinsame Her-
275 ausforderung für Bund, Land und Kommunen ist zudem ein schnellerer Ausbau der
276 Stromnetze, der für die verstärkte Nutzung regenerativer Energien zwingende Voraus-
277 setzung ist.
278
- 279 - Eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Planungsprozesse dieser
280 Projekte dient der Abwägung von Interessen, der stärkeren Transparenz und der schnel-
281 len Herstellung von Planungssicherheit.
282
- 283 - Wir unterstützen das berechnete Anliegen der Betroffenen, einen Ausgleich zwischen
284 den mit dem Netzausbau verbundenen Lasten einerseits und dem wirtschaftlichen Nut-
285 zen neuer Erzeugungsanlagen andererseits herzustellen.
286
- 287 - Im Rahmen des stattfindenden Prozesses einer Dezentralisierung von Transport, Er-
288 zeugung und Vertrieb von Energie kommt auf die Kommunen bei der Ausgestaltung der
289 Energiewende eine zentrale Bedeutung zu. Ein Ausbau und eine bessere Integration der
290 Kraftwärmekopplung in das übergeordnete Verbundnetz sorgen für eine Erhöhung der
291 Netzsicherheit, der Flexibilität und der Unabhängigkeit von großen Kraftwerken. Dazu
292 brauchen wir die Kommunen mit ihren Liegenschaften und ihren zahlreichen Stadt- und
293 Gemeindewerken.
294

- 295 - Auch in Zukunft wird in unseren Gemeinden die Erzeugung von Biogas eine große Rolle
296 bei der intensiveren Nutzung regenerativer Energien spielen. Bei der Genehmigung
297 neuer Anlagen sind das Vorliegen nachhaltiger Energiekonzepte, die Vermeidung einer
298 „Vermaischung“ der Landschaft sowie Konzepte zur sinnvollen verkehrlichen Erschließung
299 von Biogasanlagen verstärkt zu berücksichtigen.
300
- 301 - Mehr als ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in unserem Land entsteht durch
302 die Beheizung von Gebäuden. Ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz ist daher die
303 Senkung des Heizenergieverbrauchs, z.B. durch die Unterstützung verhaltensfördernder
304 Maßnahmen in Schulen, die Durchführung von Klimaschutzprojekten wie die Unterstüt-
305 zung von energetischen Stadtteilsanierungsprojekten oder die energetische Sanierung
306 öffentlicher Gebäude.
307
- 308 - Der demographische Wandel mit seinen Auswirkungen auf den ländlichen Raum und
309 der Siedlungsdruck in den Ballungsräumen stellen uns vor die städtebauliche Heraus-
310 forderung, bei der Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten Flächenverbrauch zu
311 vermeiden, klimafreundliche Bauweisen zu unterstützen, innerstädtische Verdichtung zu
312 betreiben, Konversionsprojekte zu entwickeln und die Funktionen Wohnen, Arbeit und
313 Freizeit zusammen zu führen.
314
- 315 - Für Städte, die im Saldo Einwohner hinzugewinnen, sieht die CDU besondere Notwen-
316 digkeiten, den Wohnungsbau zu stärken. Vor allem Sanierung und Neubau im sozialen
317 Wohnungsbau sind Herausforderungen, die unsere Städte nicht allein bewältigen kön-
318 nen. Daher setzen wir uns auf Landesebene für eine Neuaufgabe und Verteilung ent-
319 sprechender Wohnungsbauförderprogramme ein.
320
- 321 - Die Vermeidung von Individualverkehr schützt das Klima. Um dem Bedarf nach mehr
322 Mobilität Rechnung zu tragen, die Verflechtungen zwischen Städten und Umland zu op-
323 timieren und die Straßennetze zu entlasten, ist eine Optimierung des ÖPNV unumgäng-
324 lich. Sie muss sich strikt am Bedarf und einer Kosten-/Nutzen-Relation orientieren. Teu-
325 re Prestigeobjekte, wie die angedachte Kieler Stadtrationalbahn, die eher einem partei-
326 politischen als dem öffentlichen Interesse dienen, lehnt die CDU ab. Ziel ist eine Vernet-
327 zung der verschiedenen Verkehrsträger zu einem aufeinander abgestimmten Mobilitäts-
328 netzwerk aus Bus- und Bahnverbindungen, attraktiven Tarifstrukturen, Radwegen,
329 Carsharing-Modellen, Parkplatzmanagement sowie Straßen und Wegen.
330
- 331 - Wir unterstützen Projekte im Rahmen der Elektromobilität zur besseren Nutzung von E-
332 lektroautos und -fahrrädern.
333
- 334 - Es ist eine kommunale Daueraufgabe, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schüt-
335 zen und zu entwickeln. Hieraus ergeben sich Herausforderungen in den Bereichen
336 Landwirtschaft, Gewerbe, Energie, Verkehr und Wohnungsbau. Wir setzen uns dafür
337 ein, durch die Energiegewinnung entstandene Monokulturen zu vermeiden, Flächen-
338 verbrauch zu reduzieren, notwendige Eingriffe in die Natur auszugleichen und neue Na-
339 turflächen zu schaffen, die der Tier- und Pflanzenwelt neue Lebensräume bieten.
340
- 341 - In Schleswig-Holstein erzeugte Lebensmittel haben eine hohe Qualität. Diese regionalen
342 hochwertigen Produkte sind in zunehmendem Maße ein wertvoller Beitrag für die ge-
343 gesunde Ernährung unserer Kinder in den Schulen und Kindertagesstätten. Gesunde Er-
344 nährung sollte flächendeckend ein Bestandteil pädagogischer Konzepte sein.
345
- 346 - Die Verantwortung der Kommunen für die Abfallwirtschaft als öffentlich-rechtlicher Trä-
347 ger der Entsorgung darf aus wirtschaftlichen und auch aus ökologischen Gründen nicht
348 gefährdet werden. Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz findet Akzeptanz in der kommu-
349 nalen Familie, weil klare Definitionen geschaffen wurden, unter welchen Bedingungen
350 gewerbliche Abfallsammlungen zugelassen werden können.
351

352 **Kommission:** **Vorsitzender:** Dr. Henning Görtz
353 **Mitglieder:** Rainer Broda, Jörg Hollmann, Thomas Kahle, Christiane Ostermeyer